

---

## Information über die Einleitung von Störmaßnahmen gegen Radio Glasnost

Um den Auswirkungen der regimekritischen Beiträge von Radio Glasnost auf die DDR entgegenzuwirken, ließ das MfS den Empfang technisch stören.

Die Sendung "Radio Glasnost - Außer Kontrolle" mit Beiträgen "aus und über die DDR" wurde von dem privaten Alternativkanal Radio 100 in West-Berlin einmal monatlich ausgestrahlt. Das einstündige Programm war zwischen Juli 1987 und dem Mauerfall sowohl im Westen als auch im Osten Berlins zu empfangen. In einer kurzen Pilotsendung kündigte Moderatorin Marenbach am 22. Juli 1987 an, von nun an würden auf diesem Sendeplatz Oppositionelle aus der DDR zu Wort kommen. Deren Beiträge und Diskussionen wurden in Ostdeutschland formuliert oder aufgenommen, über die Grenze geschmuggelt und dann von Radio 100 in West-Berlin ausgestrahlt. Bis November 1989 verband Radio Glasnost auf diesem Wege die Ost-Berliner Opposition mit der freien Welt.

In der DDR waren Reinhard Schult, Ralf Hirsch und andere für Texte und Organisation verantwortlich. Eine kleine West-Berliner Redaktion, gegründet durch den Radio-100-Redakteur Dieter Rulff und den aus der DDR ausgebürgerten Oppositionellen Roland Jahn, sorgte dann dafür, dass die Beiträge im privaten Radio 100 einen festen Sendeplatz bekamen. Es dauerte nicht lange, bis Radio Glasnost sein Publikum in der DDR gefunden hatte. Auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wurde hellhörig und wertete alle Sendungen im Detail aus. Die Geheimpolizei fahndete nach den Urhebern und untersuchte, welchen Einfluss die Beiträge auf DDR-Bürger haben könnten. Auch erschwerte die Stasi den Empfang von zwei Sendungen durch Störsender.

Nachdem das MfS feststellte, dass eine Störung des Radioempfangs technisch möglich war, wurden die erforderlichen Schritte eingeleitet. In diesem Schreiben wird die Information über die Einleitung der Maßnahmen erläutert. Die Störmaßnahmen werden von der Hauptabteilung III des MfS und der Deutschen Post (der DDR) vorbereitet. Die Hauptabteilung XIX war für die Prüfung der einbezogenen Mitarbeiter der Deutschen Post zuständig.

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XIX, Nr. 6704, Bl. 1

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XIX

Urheber: MfS

Datum: 21. März 1988

Rechte: BStU

Zustand: Gut

Überlieferungsform: Dokument

## Information über die Einleitung von Störmaßnahmen gegen Radio Glasnost

Hauptabteilung XIX

Berlin, 21. März 1988

BSU  
000001

## I N F O R M A T I O N

über die Einleitung von Störmaßnahmen gegen die  
Hetzsendung "Radio Glasnost"

Bei "Radio Glasnost" handelt es sich um eine Sendereihe des privaten Westberliner Rundfunksenders "Radio 100". Die Aussendung von "Radio Glasnost" erfolgt seit September 1987 monatlich jeweils am letzten Montag des Monats für eine Stunde auf der UKW-Frequenz 103,4 MHz. Diese Frequenz ist international für Westberlin koordiniert.

In enger Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung III des MfS und der Deutschen Post wurden für die am Montag, dem 28. 3. 1988, zu erwartende Sendung erstmalig Störmaßnahmen vorbereitet.

Im Fernseh- und UKW-Turm Berlin ist zu diesem Zweck ein 1-Kilowatt-Sender installiert worden. Die Abstrahlung erfolgt gerichtet für die Hauptstadt der DDR, so daß die Störungen in Westberlin nicht wirksam werden.

Neben dem 1-Kilowatt-Sender im Fernseh- und UKW-Turm Berlin sind vier weitere UKW-Kleinsender der Deutschen Post von der Hauptabteilung III des MfS übernommen worden und sollen an verschiedenen Standorten innerhalb der DDR-Hauptstadt zum Einsatz kommen.

Es ist vorgesehen, die betreffende Sendung nur zeitweilig zu stören. Zur Koordinierung der zum Einsatz kommenden Funkmittel wurde durch das MfS ein Kommandonetz installiert.

Die in die Maßnahme einbezogenen bzw. eingeweihten Mitarbeiter der Deutschen Post wurden durch die Hauptabteilung XIX überprüft und bestätigt.

Unabhängig davon ist vorgesehen, daß die Mitarbeiter der diensthabenden Schicht des Bereiches Sender im Fernseh- und UKW-Turm Berlin am Montag, dem 28. 3. 1988, 19.00 Uhr, durch den Leiter des Fernseh- und UKW-Turmes, Genossen Schiller, von der Maßnahme in Kenntnis gesetzt und zum Stillschweigen verpflichtet werden.

Signatur: BArch, MfS, HA XIX, Nr. 6704, Bl. 1

Blatt 1